

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 26. Januar.

11 Ubr. Am Ministerische: Graf Eulenburg, Frhr. von Berlepsch, von Seyden u. A.

Die Besprechung der Interpellation der Abg. von Kröcher und Gen., betreffend den ferneren Abschluß von Handelsverträgen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Pasche (nl.) erklärt, daß in der Fraktions- scheinung, in welcher über die vorliegenden Dinge beraten wurde, Dr. Friedberg nicht anwesend gewesen sei und so seine Meinungs- vernehmen nicht geäußert habe, daß vielmehr einstimmig Dr. Krause beauftragt worden sei, den Standpunkt der Fraktion hier so zu vertreten, wie er es gekannt hat. (Beifall.) Daß eine Nothlage der Landwirtschaft bestche, werde Niemand leugnen können, ebensowenig, daß man auf Mittel zur Abhilfe zu denken müsse, ebensowenig, daß die Zahlen, die Herr v. Erla anführt, nicht zweifelhaft sind. Für den, der die Noth- lage der Landwirtschaft kennt, war ein Beweis auch gar nicht nöthig. Herr v. Heydendorff sagte die Ursache des Nothstandes in den Mangel an Arbeitskräften. Es ist kein allgemein anerkannter ökonomischer Grundsatz, wie das Dr. Friedberg behauptete, daß eine unterwerthige Valuta als solche den Export begünstige (Zustimmung links); eine sinkende und schwankende Valuta ist's, was uns Schäden bringt, denn die Begünstigung allerdings den Export. Nun fragt sich, wie man diesen Schwankungen entgegenzutreten soll. Was Dr. Friedberg sagte, wird durch nicht viel beitragen können; denn er will, daß haben wir bereits. Unsere Fülle werden ja nicht in schwankender Valuta, sondern in Gold bezahlt, ebenso wie das in Rußland geschieht. Herr von Knorff ging viel weiter; er erklärte, man solle allgemein im Reiche gegen alle Länder mit minderwerthiger Valuta einen dem Goldagio entsprechenden Zuschlag erheben. Dieser Vorschlag würde zum Prohibitiv- Zoll führen, oder wenn Herr v. Knorff von dem Prohibitiv- zoll meinte, mit der Valuta unterwerthig, ist ein solches Mittel nicht zu empfehlen, weil es den Reichthum aller Länder gegenüber durchzuführen, so käme man zu ganz unbilligsten Verhältnissen; denn die Industrie könnte niemals mit sicheren Zahlen rechnen. Die gleitende Valuta würde die Spekulation vermehren, da diese mit allen schwankenden Elementen rechnet und diese Valuta zu diesen schwankenden Elementen gehört. Herr v. Knorff sah darin einen Druck zur Regelung der Valuta zu gelangen. Die Frage des Bimetallismus will ich nur ganz kurz streifen. Internationale Vereinbarungen auf diesem Gebiet sind jedenfalls von ganz außerordentlicher Schwierigkeit. Würde denn heute die Doppel- währung aufrecht zu erhalten sein? Schon heute wird über die wachsende Silberproduktion geklagt, die sich noch steigern würde. Wir müßten in der That eine Kontingentierung der Silber- produktion einführen. Das wäre unmöglich gegenüber Australien, Mexiko u. A. Aber auch die Bimetallismus ganz ge- wöhnlich; aber ich leugne diese Möglichkeit. Ich glaube auch, es wird noch aller Mühen nicht möglich sein, zu einem Verträge zu gelangen oder eventuell ihn aufrecht zu erhalten. Ich bin kein extremer Goldwährungs- mann und meine auch nicht, daß wir die Hände in den Schemel legen sollen. Wir haben die größte Interesse daran, den Silber- werth festzusetzen. Wenn die Regierung die feste Valuta hat, durch die Conquete zu einem vollständigen Resultat zu gelangen, so sollten wir ihr die Hand bieten, um endlich auf dem Gebiete der Währung zu festen Verhältnissen zu gelangen. Dadurch werden auch für die Landwirtschaft bessere Zeiten kommen. (Beifall.)

Abg. Graf Strachwitz (Centr.) stellt sich auf den Boden der Interpellation, die keineswegs eine illusorische Demonstration gegen die Regierung sei. Der Bimetallismus sei wohl durch- führbar und seine Forderungen berechtigt. Daß die Inter- pellation eine gleitende Valuta wolle, glaube er nicht. Aber in der schwankenden russischen Valuta liege eine schwere Gefahr für uns, und zwar nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die exportirende Industrie. Der russische Handelsvertrag würde unsere deutsche Bevölkerung schließlich ebenso schädigen wie der Zolltarif und für den russischen Handelsvertrag könne man doch keine politischen Gründe anführen wie für den österreichischen. Und was sollte denn aus den landwirtschaftlichen Arbeiter werden? Müde die Regie- rung, die es zu spät sei, den gangbaren Wegen der Inter- pellation nachzugehen.

Abg. Peters (nl. Bg.): Wenn die Interpellation den Zweck haben soll, Rußland zur Einführung der Goldwährung zu bewegen, oder eine internationale Doppelwährung anzu- nehmen, so ist das doch eine feste Zustimmung an die Regierung. Meiner Ansicht nach gehören diese Gedanken viel mehr in den Reichstag. Der Kern der Interpellation ist der: Was geschieht die Regierung zu thun, um die Landwirtschaft rentabler zu machen? Wenn wir agrarischen Interessenten zu- dem auch ich gehöre als Danziger Stadtmann, dann dazu — das Wohl der Landwirtschaft als eine Staatsangelegenheit, wobei es sich um das Gemeinwohl handelt, ansetzen, so müssen wir uns auch gefallen lassen, daß sich andere Leute, die auch ein Interesse an der Landwirtschaft haben, hineinmischen. Und das hat schon Abg. Mikert hervorgehoben, daß es auch anderen Leuten, insbesondere den Altbauern schadet geht. Die aber sind zu Holz, um solche Klagen anzustellen. Auf die Noth der Landwirtschaft kommt es aber augenblicklich an und für sich weniger an, als darauf, ob die Mittel, die zur Abhilfe der Noth vorge schlagen werden, die richtigen sind, und das möchte ich bezweifeln. Den richtigen Standpunkt in der Frage des landwirtschaftlichen Noth- standes hat Frhr. v. Schölerer-Ahl in Herrenhaufe ein- genommen. Ein Differenzialzoll gegen Rußland kann der Land- wirtschaft gar nichts nützen, dagegen würde ihr gerade das Beste geschehen. Das russische Handelsverträge zum Vorteil werden. Das glauben aber die Herren nicht, sondern sie glauben von einer Reduktion der Währung oder einer Währungs- änderung ist alles Mögliche zu erwarten zu können. Auch die gleitende Valuta spielt bei ihnen eine große Rolle. Was die eine solche durchgeführt werden? Eine Aufhebung des Identitätsnachweises würde eine zweifelhafte Landwirthschaft im Osten von großem Nutzen sein, ebensowenig durch Tarif- eremphungen der Eisenbahnen wird sie die Landwirtschaft ge- nützt werden. Die Wege, welche die Konventionen zur Her- bringung der Landwirtschaft gehen wollen, sind aber theils nicht gangbar, theils thöricht. Es wäre mir interessant, einmal vom Finanzminister Miquel zu hören, wie er sich zu den

Forderungen der Konvention stellt, und welche Wirkung die- selben ausüben würden.

Abg. v. Schallscha (Centr.): Die Bedeutung der Landwirth- schaft liegt darin, daß sie der Produktion weisig ist, der die meisten Werthe erzeugt. Darum kann man wohl sagen: hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. Die Landwirtschaft hat darum eine ganz andere Bedeutung als z. B. die Altbauer, die sie muß auf alle Weise geschützt werden. Darum sehe ich vollkommen auf dem Boden der Interpellation. Allerdings halte ich noch einige Bedenken gegen die gleitende Valuta, aber die sind durch das, was der Handelsminister gestern gegen die gleitende Valuta gesagt hat, erloschen. (Beifall.) Das Behaupten eines Staates richtet sich nicht nach seiner Handelskraft, sondern nach den Verbesserungen im Innern des Staats, productionen Anlagen u. Das Fundament unserer ganzen Handelspolitik ist also ein festes und nicht veränderliches Verhältniß, das endlich erkannt werden. Man sollte doch seine Verträge auf so lange Zeit schließen. Man sagt, der Staat ist wegen. Ja, das ist die Stabilität des Gläubers. Die Vorschläge des Landwirtschafts- ministers sind nicht geeignet, die stark gefährdeten ländlichen Verhältnisse zu retten.

Abg. Mikert (nl. Bg.): Die Herren von der Rechten sind in ihren Reden ganz feilhaft geworden und Herr v. Erla hat gestern durch seine Rede den Rückzug vor der Regierung unter einer lauten Kanonade angetreten. Was wollen die Herren denn eigentlich? Sie haben gar keinen Weg angegeben und nur Verlegenheitsfragen gebracht. Sie hatten eben den Bund der Landwirtschaft eine große Aktion versprochen und müssen nun etwas thun. Ich frage: Wenn der Zolltarif gegen Rußland aufrecht erhalten bleibt, hat dadurch die Landwirtschaft einen Nutzen? Sie werden sich wohl hüten, das zu sagen, denn dann hätten Sie sich mit früheren Versicherungen in Widerspruch. Meiner Ansicht nach würde die Landwirtschaft davon nur Schaden haben. Ich möchte an die Regierung noch eine Frage richten. Wir ist gestern mitgeteilt, daß von einem Regierungspräsidenten eine Zirkularverfügung erlassen worden ist, die die Kreis- er möchte sie darüber hören, wie sie sich der Umwandlung ihrer auf Grundbesitz ausgerichteten Hypothekendarlehen in amortisierbare Darlehen unter möglichster Herabsetzung des Zinsfußes gegen- über verhalten. Ist das wahr?

Abg. Frhr. v. Hammerstein (Centr.): Durch den russischen Handelsvertrag wird die Landwirtschaft offenbar geschädigt. Gerade die Bindung auf längere Jahre verhindert uns, mit Zinsen den Preisverhältnissen des Getreides zu folgen und die Valutaverhältnisse zu berücksichtigen. Frankreich handelt da ganz anders. Es ist im Begriffe einen Gegenvertrag auszu- arbeiten, der das Land gegen die minderwerthige Valuta anderer Länder, mit denen es in Handelsverbindungen steht, schützen soll. Warum können wir das nicht auch? Die Interpellation hat nicht den Zweck, der Regie- rung Schwierigkeiten zu machen, sondern sie hat eine sachliche Bedeutung. Es läßt sich nicht leugnen, daß zwischen der kon- servativen Partei im Reichstag und dem Reichsfinanz- minister in volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen besteht, die eine sachliche Verständigung leider nicht mehr mög- lich erscheinen läßt. Das ist die „unüberbrückbare Kluft“. Ich habe die Überzeugung, daß die preussische Regierung niemals mehr Gegenüberstand hat, rechtliche in allen finanziellen Vertragsverhandlungen ihre Ansicht äußern zu können. Das schließt ich aus der Stellung, welche die preussische Regierung der Landwirtschaft gegenüber früher eingenommen hat, und die sie hätte vertreten müssen, wenn sie rechtzeitig gefragt worden wäre. Es scheinen ihr immer nur saits accompli vorgelegt worden zu sein. Wenn die Industrie vor dem Handelsvertrag mit Österreich geistig hätte, sie wolle seinen einseitig zu Ungunsten der Landwirtschaft abge- schlossenen Vertrag, so wäre derselbe nicht zu Stande gekommen. Die Industrie hat also das Kartell mit der Landwirtschaft ab- geschlossen. Abg. Graf Ballestrem sagt, der Landwirth sollte mehr parzelliren und dann verpacken. Wir haben es immer als ein nobles officium angesehen, daß der Landwirth sein Gut selbst bewirtschaftet. (Beifall rechts.) Man sollte vor dem Ab- schluss des russischen Handelsvertrages mit Österreich und Italien ein Abkommen treffen, wonach die Valutaveränderungen auch in den Zellen zum Ausdruck kommen. Die gleitende Valuta ist von russischen Finanzminister Wladimirskij selbst früher in Anregung gebracht, und unüberwindlich erscheint das mir nicht. Minister Frhr. v. Berlepsch: Ich muß es nochmals ablehnen, in dem gegenwärtigen Augenblick über Gegen- verträge zu diskutieren, die mit dem russischen Handels- verträge in Verbindung stehen. Darum habe ich auch nicht eingehender auf die Interpellation antworten können und ich habe dazu um so weniger Veranlassung gehabt, als die Herren offenbar wußten, was die Regierung auf die Inter- pellation antworten mußte. Herr v. Hammerstein hat gemeint, die preussische Regierung habe sich nicht in der Lage befunden, in dem richtigen Augenblicke in die Lage vertritt zu sein, über die Handelspolitik des Reichs und der Handelsverträge ge- hört zu werden und sie sei durch ein saits accompli überdrüssig worden. Diese Voraussetzung ist durchaus unrichtig und muß unrichtig sein; die preussische Regierung ist in der That mit dem Reich eingehenden Handelspolitik einverstanden gewesen und war in jedem Augenblicke und in jedem Stadium der Verhandlungen in der Lage, ihren Widerspruch kund zu geben und mit der ihr zur Verfügung stehenden Kraft zur Geltung zu bringen. Das war früher vor und bei den Handelsverträgen mit Österreich und Italien der Fall und ist auch noch der Fall. (Zuruf rechts: Man haben wir Sie überzählt!) Darum haben Sie den Schluss zu ziehen, daß die preussische Regierung sich nicht im Gegen- satz zum Reich bezüglich der Folgen der Handelspolitik befinden hat und sich nicht in einem solchen befindet. (Bewegung und Lärm rechts.) Ich wundere mich, daß Sie sich darüber wundern. Die Sache ist doch so klar, sie läßt sich nach keiner Richtung hin verfeinern.

Abg. Brunel (fröh. Bg.): Ich möchte die Regierung bitten, doch auch die Frage des Abg. Mikert zu beantworten. Was Herr v. Hammerstein behauptete, beruhte auf einer Ver- kennung der wahren Interessen beider Gruppen. Solche Redaktionen, die nur zur Verwirrung verwendbarer Inter- pellation ist nur zur Demonstration gestellt worden und hat sonst keinen Zweck. Abg. v. Plötz (Centr.): Ich halte es für richtig, daß die Interpellation hier zur Sprache gebracht ist, denn wir sind nie

der Ueberraschungen gewert. Jeden Tag kann jetzt ein Handelsvertrag mit Amerika oder Argentinien kommen, und das wäre für die Landwirtschaft sehr wichtig. Wir haben auch noch die Interpellation eingebracht, weil wir die Ansicht haben, daß wir immer und immer wieder unsere Ansprüche geltend machen müssen. Darauf hat der Minister keine Antwort gegeben, warum die Regierung den Weg von 1879 verlassen hat, obwohl es der Landwirth- schaft immer schlechter geht. Wir bekämpfen den Reichstagler nicht persönlich, sondern folgen ihm überall, wo er eine Autorität ist, und darum haben wir auch der Militärvorlage zugestimmt. Dagegen in anderen Fragen bekämpfen wir ihn nachdrücklich, wo er mit unseren Ansichten nicht übereinstimmt. Unsere Agitation ist niemals illusorisch gewesen, wie uns Abg. Mikert vorwirft, dagegen war die Agitation der Freisinnigen illusorisch, die in der Konfliktzeit eine direkte Aufforderung an die Monarchie richteten, den Fürsten Bismarck zu entlassen, und es ist eine herrliche That des Fürsten Bismarck gewesen, daß die Fortschrittspartei bis zum letzten Blutstropfen bekämpft hat und befreit hat, und der heutige Tag ist das beste Siegel darauf. Da er nicht nur den Beweis des künftigen Vertrauens, sondern auch des deutschen Volkes. (Beifall rechts.) Wenn wir den Finanzmarkt, die Regelung der Währungs- frage und eine gute Verrentung erhielten, wären wir schon etwas zufriedener. Der wünschenswerthe Zoll soll durch den russischen Handelsvertrag in weite Ferne gerückt. Dann wünschsten wir auch eine Aufhebung aller Zolltarife und eine Abänderung des Alters- und Qualifikationsgesetzes, das gerade auf dem Lande sehr verstimmt ist. Die Lasten auf Grund dieses Gesetzes sind oft doppelt so groß, wie die Grundsteuer. Die Kosten dieses Gesetzes müssen auf breitere Schultern gelegt werden. Ferner müssen wir auch eine bessere Ge- währ gegen Seuchengefahr verlangen. Wer's nicht glaubt, der komme auch zu Land und sehe sich die Schweine an! (Große Heiterkeit.) Auch eine Ermäßigung der Kalipreise müßte erfolgen und die Fruchtzölle für künftigen Dünge- mann sind aber besonders beschränkt sein, die Schalle an die Frucht zu lassen. (Heiterkeit) und Kanäle und Abflüsse für die landwirtschaftlichen Produkte schaffen. Es ist ein dringendes Bedürfnis, große Mittel für Millionenarbeiten bereit zu stellen, 100 Millionen sind dazu nicht zu wenig. Dieselben würden sich, wenn auch indirekt, verzinsen. Auch die Selbstverwaltung müßte entlastet werden. Zum Schluß lege ich der Regierung nochmals den Inhalt der Interpellation an Herz.

Ministerpräsident Graf Eulenburg: Ich möchte im All- gemeinen ausprechen, daß die Regierung befreit ist, die Land- wirtschaft nach Kräften zu fördern. (Zuruf rechts! Na! Na!) Auf die Frage des Abg. Mikert, die ja mein spezielles Resort betrifft, erwidere ich, daß eine solche Zirkularverfügung nicht erlassen ist. Dagegen ist vor Kurzem eine allgemeine Ver- fügung an die Landratsbehörden der Spartenstellen erlassen. Es handelt sich dabei darum, den Sparkassenverwaltungen die Anweisung zu geben, so viel als möglich auf die Ausleihe von Amortisationsdarlehen bedacht zu sein, und bei Gelegenheit der näheren Erörterung dieser Frage ist die Anweisung zu Tage getreten, daß es wohl thöricht sei, bei diesen Darlehen einen etwas niedrigeren Zinsfuß zu gewähren, als bei anderen.

Abg. Bredt (nl.) tritt für die Stabilität des Zolltarifs ein, bekennt sich als Anhänger der Goldwährung und hält die letzte Abänderung der Eisenbahnen für die entscheidende. — Am Uebrigen polemisiert Redner gegen die Abgeordneten v. Bloch und Frhr. v. Hammerstein, hebt die Wichtigkeit und große Bedeutung des russischen Handelsvertrages hervor und erklärt, daß die Industrie bereit sei, die Landwirtschaft nach Kräften zu fördern. Wenn er in Rußland Geschäfte hätte, so würde er unbedenklich heute schon abschließen, da er der Überzeugung sei, daß auch die Landwirtschaft sich nicht der Bedeutung dieses Vertrages für das Wohl Deutschlands und für ihr eigenes Interesse werde verschließen können. (Zuruf rechts. Beifall links.)

Abg. v. Arendt (nl.) vertritt seinen abweichenden Stand- punkt dem russischen Verträge gegenüber, erläutert nochmals den Inhalt der Interpellation, mit der er vollständig einverstanden sei und verbreitet sich über die Währungsfrage. Seiner Ansicht nach habe man nicht die Getreidezölle herabgesetzt, um Handels- verträge zu machen, sondern Handelsverträge gemacht, um die Getreidezölle herabzusetzen.

Damit ist die Diskussion erschöpft und die Besprechung der Interpellation beendet, worauf sich das Haus verläßt. Nächste Sitzung Dienstag 11 Ubr. (Zweite Verhandlung des Etats bezüglich des nicht an die Budgetkommission ver- wiesenen Etats. Kleinere Sachen.) Schluß 4/4 Ubr.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 26. Januar.

11 Ubr. Am Bundespräsidium: Graf Posadowski u. A. Das Haus ist außerordentlich beschäftigt. Die Erklärung über die Verlängerung des bestehenden Handelsvertrages zwischen dem Reiche und Spanien bis 31. März d. J. wird ohne Debatte in erster und zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gegenwurfs betreffend Abänderung des Gesetzes über die Gründung und Ver- waltung des Reichs-Sparbankfonds. Staatssekretär Graf Posadowski: Wenn die Reichs- verwaltung mit dem Betriebsfonds nicht auskommen ist, so hängt das zusammen mit dem Modus der Erhebung der Militärabgaben. Der Entwurf lag bereits der Reichsversammlung 1892/93 vor; seitdem hat sich die Bedeutung für die Erhebung des Betriebsfonds noch wesentlich verändert. Als der Sparbankfonds gegründet wurde, war man sich bereits darüber klar, daß die Summe, mit der er dotirt wurde, zu hoch gewesen sei und nahm in Aussicht, einen Ueberschuß der Reichskasse wiederzugewinnen. Dieser Ueberschuß veranlaßte § 15 des Sparbankgesetzes seine Entstehung und das veränderte Gesetz wurde bei der dort gegebenen Beschul- digung und will die für die Sparbank in Rußland angenommenen Fonds für allgemeine Reichszwecke nutzbar machen. Es sind ja bezüglich der Sparbankverträge noch weitere Wünsche hier im Hause geäußert worden, zu- nächst bereits dieselben in Verhandlungen; die erforderlichen Mittel würden dem Militärpensionsfonds zur Last fallen. Es wird gegen das Gesetz eine Reihe von Einwendungen erhoben

werden, die indes sämtlich nicht als stichhaltig angesehen werden können. Die Aufgabe der Handelskammern ist es, die Interessen der Kaufleute zu vertreten und die Interessen der Regierung zu befriedigen. Die Handelskammern sind in der Lage, die Interessen der Kaufleute zu vertreten und die Interessen der Regierung zu befriedigen. Die Handelskammern sind in der Lage, die Interessen der Kaufleute zu vertreten und die Interessen der Regierung zu befriedigen.

in ihm nur noch 5 Millionen, obwohl uns doch noch viel zu thun bleibt, und viele Wünsche zu erfüllen sind, so namentlich die Gleichstellung der Reichs- und Staatsrenten besitzenden Anwaltschaft mit denen im Kommunalrechte. Wir fassen uns daher dem Antrage auf Verweisung der Vorlage an die Budget-Kommission an. Graf von Noen (Cent.) beantragt namens der Konfessionsvereine ebenfalls Verweisung der Vorlage an die Budget-Kommission. In seinem Namen und dem eines Abgeordneten einer Gemeinde habe er zu erklären, daß er die Beschlüsse des Grafen Driolla theile. Er bemerke schon jetzt, daß seine Freunde einen Antrag vorbereiten, der die Umwandlung zweier Kreisjahre für 1870/71 begründe. Abg. Herbert (Soz.): Auch wir sind mit der Verweisung an eine Kommission einverstanden; aber nur deshalb, weil wir glauben, daß der in der Vorlage eingeschlagene Weg sich nicht als gangbar erweisen wird. Wenn einer der Vordere auf ein heutiges Ereignis in diesem Zusammenhange hingewiesen hat, so kann ich Sie nicht daran hindern, sich dankbar zu erwägen. Wenn Sie aber sagen, daß auch das Volk heute jubelt, so kann ich Ihnen nur sagen, daß das Volk keineswegs Ihre Gesinnung theilt. Die Vorlage geht darauf an die Budget-Kommission. Richter Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung der Novelle zum Unterfütungswohlfahrt-Gesetze. Namens der Kommission erstattet Abg. Schröder (fr. Weg.) Bericht. Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Ich will nur meinen Dank dafür aussprechen, daß die Kommission so verständlich und die Intention des Entwurfs eingegangen ist. Ich glaube die Zustimmung der verbundenen Regierungen zu der von der Kommission beschlossenen Fassung annehmen zu können. Mindestens wird ich mich in diesem Sinne bemühen. Ich bitte daher den Beschluß der Kommission anzunehmen. Zu Art. 32, nach Bestimmung der Landesgesetzliche einzelne Zweige der öffentlichen Armenpflege den Landesverwaltungen übertragen, geht, gehen auf diese die Rechte und Pflichten der Ortsverwaltungen über. Abg. v. Hellenfeller (Cent.) das Wort „Erforn“ durch das Wort „Erforn“ zu ersetzen. Staatssekretär v. Bötticher konstatiert, der Antrag könne aufstehende Zweifel beseitigen und treffe besser den gesetzgeberischen Gedanken des Entwurfs. Er gebe anheim, den Antrag anzunehmen. Das Haus stimmt mit großer Mehrheit dem Antrage Hellenfeller zu. Art. 2 bestimmt, daß derjenige, welcher, obgleich er in der Lage ist, die zu deren Erhaltung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltspflicht trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde weigert, durch die Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß, unter Strafe gestellt wird. Abg. Mollenhuth (Soz.) erklärt, für ihn und seine Freunde mache diese Bestimmung das Gesetz unannehmlich, denn sie könne es veranlassen, daß jemand ganz unschuldig ins Kerkerhaus komme. Staatssekretär Dr. v. Bötticher empfiehlt den Artikel zur Annahme. Er entspreche einem praktischen Bedürfnis; denn in Berlin seien in letzter Zeit ca. 700 Fälle vorgekommen, in denen in Berlin in Arbeit befindliche Personen sich der Alimentationspflicht ihren Angehörigen in der Heimath gegenüber entzogen, die dann dort der Armenpflege anheimfallen.

Art. 2 und 3 werden angenommen. Die Kommission schlägt außerdem folgende Resolution vor. Die verbundenen Regierungen zu eruchen, dem Reichstage baldmöglichst eine Vorlage zu machen betreffend die Ausdehnung des Gesetzes über den Unterfütungswohlfahrt auf Glatz-Gebirgen. Abg. Weber-Heidelberg (ul.) befragt diese Resolution, weil der gegenwärtige Zustand den dem Reichslande benachteiligten Ländern und Unbesessenen unermessliche Lasten auferlegt; und weil zu befürchten sei, daß diese Lasten noch fortgesetzt an Umfang zunehmen würden. Glatz-Gebirgen nicht fortgesetzt, dagegen theilweise sich an den Armenfonds fast gänzlich. Es müßte doch dafür georgt werden, daß Licht und Schatten gleichmäßig vertheilt würden. Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Auch wir erkennen die Nothwendigkeit der Erfüllung des Wunsches des Vorredners an. Die Regierung von Glatz-Gebirgen ist auch gewillt, die Einführung des Gesetzes dort alsbald in Angriff zu nehmen. Demnach dieselbe annimmt, daß für die Einwohner von Glatz-Gebirgen ein Bedürfnis für diese Einführung nicht vorliegt, so glaubt sie sich der Einführung doch nicht widersetzen zu dürfen. Abg. Gräber (Str.): Ich möchte darauf hinweisen, daß es nicht zu empfehlen ist, ein Gesetz einer Bevölkerung aufzuzwingen; und aus den Worten des Herrn Staatssekretärs glaube ich entnehmen zu können, daß die Bevölkerung von Glatz-Gebirgen sich mit der Einführung des Gesetzes nicht einverstanden erklärt hat. Abg. Buch (Soz.): Was die Einwendungen des Vorredners anlangt, so kann ich versichern, daß von einem Andrängen des Gesetzes nicht die Rede sein kann. Die Bevölkerung in Glatz kennt das Gesetz nicht, sie kennt nur die schlechtesten Zustände der bestehenden Armenpflege. Die jetzige Armenpflege ist nicht im Stande, auch nur den bringendsten Anforderungen zu genügen. Allerdings hängt nicht die Einführung dieses Gesetzes, wie behauptet wird, von der Einführung der Gemeindeordnung ab. Auch ohne dies könnte die Einführung des Armengesetzes vor sich gehen, und ich kann nur wünschen, daß dies bald geschieht. Abg. Spahn (Str.) spricht sich gegen die Resolution aus, da kein Bedürfnis zu einem Vergehen vorhanden sei. Abg. Groeber (Str.): Ich muß entgegen den Ausführungen des Abg. Buch an meinen früheren Behauptungen festhalten. Ein Bedürfnis ist in Glatz-Gebirgen nicht vorhanden, und daher auch die Einführung des Gesetzes überflüssig. Abg. Weber-Heidelberg (ul.): Ich muß dem Herrn Vorredner nochmals erwidern, daß wir in Baden gar nicht mehr in der Lage sind, die Lasten zu tragen, und daß meines Erachtens daher die Einführung des Gesetzes in Glatz-Gebirgen eine absolute Nothwendigkeit ist. Abg. Frigen (Str.): Dagegen ist die Urtheilnahme, welche auf dem in Frage stehenden Gebiete vorherrscht, durchaus anerkennend, kann ich der Resolution wegen ihrer scharfen Form doch nicht zustimmen. Doch wurde ich von der Regierung anheim gegeben, Verhandlungen in die Wege zu leiten, welche der Tendenz der Resolution entsprechen. Die Resolution wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. Darauf vertagt sich das Haus auf Montag 1 Uhr (Sonderprovisionen mit Spanien, Unterfütungswohlfahrtsgesetz, Finanzreformvorlage).

Abgang der Eisenbahnzüge.

Schwaben, 3.21 R. 8.1.3. — 4.45 R. 8.1.3. — 9.45 R. 8.1.3. — 1.2. — 10.45 R. 8.1.3. (nach Bielefeld und nach Hannover über Bielefeld)	3.21 R. 8.1.3. — 4.45 R. 8.1.3. — 9.45 R. 8.1.3. — 1.2. — 10.45 R. 8.1.3. (nach Bielefeld und nach Hannover über Bielefeld)
3.21 R. 8.1.3. — 4.45 R. 8.1.3. — 9.45 R. 8.1.3. — 1.2. — 10.45 R. 8.1.3. (nach Bielefeld und nach Hannover über Bielefeld)	3.21 R. 8.1.3. — 4.45 R. 8.1.3. — 9.45 R. 8.1.3. — 1.2. — 10.45 R. 8.1.3. (nach Bielefeld und nach Hannover über Bielefeld)

Ankunft der Eisenbahnzüge.

Schwaben, 3.54 R. 8.1.3. (von München über Jülich) — 4.57 R. 8.1.3. — 5.38 R. (sonst von Bielefeld u. nicht von Schwaben) — 7.38 R. (sonst von Jülich) — 8.1 R. 8.1.3. — 10.40 R. — 1.19 R. — 2.11 R. — 5.11 R. — 5.26 R. 8.1.3. — 8.18 R. 8.1.3. (von München) — 8.37 R. 8.1.3. — 9.48 R. 8.1.3. (sonst von München) und besteht aus Genuß und Postzug) — 12.16 R.	3.54 R. 8.1.3. (von München über Jülich) — 4.57 R. 8.1.3. — 5.38 R. (sonst von Bielefeld u. nicht von Schwaben) — 7.38 R. (sonst von Jülich) — 8.1 R. 8.1.3. — 10.40 R. — 1.19 R. — 2.11 R. — 5.11 R. — 5.26 R. 8.1.3. — 8.18 R. 8.1.3. (von München) — 8.37 R. 8.1.3. — 9.48 R. 8.1.3. (sonst von München) und besteht aus Genuß und Postzug) — 12.16 R.
---	---

M. Schütze's Blutreinigungspulver

Es ist allgemein bekannt, daß die Blutreinigung die wichtigste Aufgabe der Medizin ist. Dieses Pulver ist besonders bei Verdauungsstörungen, Hautauschlägen (Siedeln), Rheumatischen, Gicht, Verstopfung, Nieren- und Leberleiden, Appetitlosigkeit, Schwindel, Ohrenschmerzen, offenen Wunden, Mastitis, etc., sehr wirksam und allen jenen Krankheiten, deren Ursprung auf unzureichend, unzureichendes und unzureichendes Blut zurückzuführen ist, mit dem besten Erfolg anzuwenden. Preis einer Dose Mk. 1.50, zwei Dosen nicht mehr als Mk. 3.00 pro Dose. In allen Apotheken, Drogerien, etc., zu haben. M. Schütze's Blutreinigungspulver, das es wertvolle Nachahmungen gibt.

Zu haben in: Halle: Apotheke, sowie in den meisten Apotheken der Provinz.

Die Handelskammer hält in ihren Geschäftsräumen am Mittwoch den 31. Januar d. J. Vormittags 10 1/2 Uhr eine öffentliche Gesamtsitzung

mit folgender Tagesordnung ab:

1. Einführung der neu gewählten Mitglieder.
2. Konstituierung der Handelskammer, Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertreters und des Kassierers.
3. Wahl der Ausschüsse. Berichterstatter: Herr Jung.
4. Ernennung von Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für 1893.
5. Feststellung des Etats für 1894. Berichterstatter: Herr Müller.
6. Mitteilung, betr. die Erweiterung des Handelskammerbezirks. Berichterstatter: Herr Dr. Wermert.
7. Beschlußfassung über einen Antrag des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe, die Gewerbesteuer auf das Maßrecht und die Beitragspflicht zu den Handelskammern betreffend. Berichterstatter: Herr Generaldirektor Kuplow.
8. Beschlußfassung über einen Antrag, die Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Einfuhr von Getreide in Verbindung mit der Aufhebung der Schutzzölle betreffend. Berichterstatter: Herr Reichardt.
9. Beschlußfassung über einen Antrag auf Einführung eines Zolles auf Harzölle und Branntwein betreffend. Berichterstatter: Herr Generaldirektor Kuplow.
10. Beschlußfassung über einen Antrag der Handelskammer zu Frankfurt a. M., den Handel mit Schmalz betreffend. Berichterstatter: Herr Hofmeister.
11. Beschlußfassung über einen Antrag der Handelskammer für den Regierungsbezirk Osnabrück, die Konfessionspflicht und die Sonderbesteuerung des Verkaufes von denaturirtem Spiritus betreffend. Berichterstatter: Herr Stadtrat Ernst.
12. Beschlußfassung über einen Antrag, die Herabsetzung des Zolles auf Honig betr. Berichterstatter: Herr Wermert.
13. Beschlußfassung über einen Antrag, die Eisenbahnverbindungen Halle-Böden betreffend. Berichterstatter: Herr Stadtrat Ernst.
14. Beschlußfassung über einen Antrag halleischer Kaufleute, die Erweiterung der Befugnisse der Postkassen-Expedition auf Halle a. S. betreffend. Berichterstatter: Herr Dr. Wermert.
15. Berichterstatter über die Memorandum der Deutschen Handelskammer in Berlin am 12. und 13. Januar 1894. Berichterstatter: Herr Kommerzienrat Bethke.
16. Bericht über den Vortrag des Herrn Professor Inge im Vereine zur Förderung des Gewerbetreibenden in Berlin am 3. Januar 1894 über die Verhältnisse des Mittelstandes und deren Ausübung auf gewerblichen Branchen. Berichterstatter: Herr Müller.
17. Berichterstatter über die Tätigkeit der Handelskammer seit ihrer Gesamtsitzung vom 20. September 1893.
18. Sonstige Eingänge.

Halle a. S. den 25. Januar 1894.

Die Handelskammer.
Bethke, Juno.

Feinstes, alter Korn.

LOHMANN'S RUHR-PERLEN

Albert & Gustav Lohmann, Witten a. d. Ruhr.
1790 gegründet. Höchste Auszeichnungen, gegründet 1790.
Vertreter: Wilh. Wistemann.

Die P. Kniesel'sche Haar-Tinktur.

welche sich durch ihre außerordentliche Wirkung zur Erhaltung und Verbesserung eines weichen und schön glänzenden Kopfhaars auszeichnet, möge man bei vielen, meist schmerzhaften Mitteln gegenüber, vertrauensvoll anwenden; man wird durch kein Mittel je einen Erfolg finden, bis viele Tinktur wirkungslos blieb. Pomaden u. dergl. sind, trotz aller Heilame benutzter Mittel, gänzlich nutzlos; auch läßt man sich vor Erfolg garantirten Anordnungen, wenn die Reingehaltigkeit kann kein Haar mehr wachsen. Die Tinktur ist amtlich geprüft. In Halle nur echt bei A. Schlüter Nachf., Dr. Steinbr. 6. H. Watschgott, Dr. Ulrichstraße 29, und F. Patz, Dr. Ulrichstraße 10. Zu Jena, zu 1, 2 u. 3 Mk.